



Niederschrift 32. öffentliche / nicht öffentliche Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses

Sitzungstermin:	Donnerstag, 31.05.2012
Sitzungsbeginn:	17:30 Uhr
Sitzungsende:	19:13 Uhr
Ort, Raum:	Raum 3.041, Stadthaus, Friedrich-Ebert-Str. 79/81

Anwesend sind:

Ausschussvorsitzender

Herr Stefan Becker FDP anwesend ab 17:40 Uhr (TOP 3)

Ausschussmitglieder

Frau Birgit Müller DIE LINKE
Herr Volker Klamke SPD anwesend bis 19:25 (TOP 8.3)
Herr Peter Schüller Bündnis 90/Die Grünen

stellv. Ausschussmitglieder

Herr Peter Kaminski in Vertretung für Herrn Dr. Gunold

Gäste:

Herr Exner Beigeordneter für Zentrale
Steuerung und Service (GB 1)
Frau Gruß Leiterin des Servicebereiches
Finanzen und Berichtswesen
(SB 11)
Herr Langner Wirtschaftsprüfer/
Steuerberater (im Auftrag des
GB 1)
Herr Dahlmann Leiter des Bereiches
Beteiligungsmanagement
(912)
Herr Erdmann Leiter des
Rechnungsprüfungsamtes
(907)
Frau Hofmann Rechnungsprüfungsamt (907)

Nicht anwesend sind:

Ausschussmitglieder

Herr Dr. Klaus-Uwe Gunold DIE LINKE entschuldigt
Herr Till Meyer SPD unentschuldigt
Herr Horst Heinzel CDU/ANW entschuldigt

Schriftführer/in:

Frau Rürger

Rechnungsprüfungsamt (907)

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /
Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des
öffentlichen Teils der Sitzung vom 26.04.2012 / Feststellung der öffentlichen
Tagesordnung
- 3 Jahresabschluss der Landeshauptstadt Potsdam zum 31. Dezember 2009 und
Entlastung des Oberbürgermeisters
Vorlage: 12/SVV/0375
Oberbürgermeister, Servicebereich Finanzen und Berichtswesen
- 4 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung vom 02.05.2012 und
07.05.2012
 - 4.1 Eckwertebeschluss für die Planung des Haushaltsjahres 2013
Vorlage: 11/SVV/0907
Oberbürgermeister, Servicebereich Finanzen und Berichtswesen
neue Fassung vom 23.04.2012; WV StVV Juni 2012
 - 4.2 Handlungskatalog für Mitglieder von Aufsichtsräten in städtischen Unternehmen
bzw. Unternehmen mit städtischer Beteiligung der Landeshauptstadt Potsdam
gemäß Beschluss 11/SVV/0688
Vorlage: 12/SVV/0278
Oberbürgermeister, Bereich Beteiligungsmanagement
 - 4.3 16. Beteiligungsbericht der Landeshauptstadt Potsdam
Vorlage: 12/SVV/0284
Mitteilungsvorlage des Oberbürgermeisters, Bereich Beteiligungsmanagement
- 5 Mitteilungen der Verwaltung

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

zu 2

Herr Schüler eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden. Herr Becker habe sich entschuldigt, dass er sich etwas verspäten wird.

**Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /
Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des
öffentlichen Teils der Sitzung vom 26.04.2012 / Feststellung der öffentlichen
Tagesordnung**

Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung

Zu Beginn der Sitzung sind vier Mitglieder anwesend, damit ist der Rechnungsprüfungsausschuss beschlussfähig. Die Ladung erfolgte ordnungsgemäß.

Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift der
öffentlichen Sitzung vom 26.04.2012

Gegen die Niederschrift gibt es keine Einwände; sie wird einstimmig bestätigt.

Feststellung der öffentlichen Tagesordnung

Herr Schüler schlägt vor, den Tagesordnungspunkt 4.1, **DS 11/SVV/0907**, betr. Eckwertebeschluss für die Planung des Haushaltsjahres 2013 (in der Fassung vom 23.04.2012), aufgrund einer angekündigten Änderung des Beschlussvorschlages im Hauptausschuss am 30.05.2012, **zurückzustellen**. Dagegen erhebt sich kein Widerspruch.

Die Tagesordnung für den öffentlichen Teil der Sitzung wird einstimmig bestätigt.

zu 3

**Jahresabschluss der Landeshauptstadt Potsdam zum 31. Dezember 2009
und Entlastung des Oberbürgermeisters**

Vorlage: 12/SVV/0375

Oberbürgermeister, Servicebereich Finanzen und Berichtswesen

Der Beigeordnete für Zentrale Steuerung und Service Herr Exner bringt die Vorlage ein und bittet um Nachsicht für das ausnahmsweise verkürzte Verfahren.

Er berichtet zum **Jahresabschluss 2009** insbesondere über

- den aktuellen Verfahrensstand,
- die Berichtigung der Eröffnungsbilanz gemäß § 141 Abs. 21 BbgKVerf und die entsprechende Anpassung der Vorjahreszahlen,
- die Erläuterung der Korrekturen im Anhang,
- die Veränderung der Bilanzsumme und der Vermögensstruktur gegenüber 2008,
- ausgewählte Kennzahlen der Vermögenslage,
- den Haushaltsausgleich unter Berücksichtigung der Ertragslage (Ergebnisrechnung) und über ausgewählte Kennzahlen der Ertragslage,

- die Zahlungsströme (Finanzrechnung), die Erhöhung des Zahlungsmittelbestandes 2009 und die Entwicklung aufgrund des Kassenwirksamkeitsprinzips unter Beachtung der übertragenen Auszahlungsermächtigungen aus laufender Verwaltungstätigkeit und aus Investitionstätigkeit aus Vorjahren und über ausgewählte Kennzahlen der Finanzlage.

Die Präsentation des Geschäftsbereiches Zentrale Steuerung und Service wird der Niederschrift als Anlage 1 beigefügt.

Im Verlauf der Diskussion zum Jahresabschluss 2009 erläutert Herr Erdmann auf Nachfrage von Herrn Klamke die aktive und passive Rechnungsabgrenzung.

Herr Schüler fragt nach, ob die Anpassung der Pensions- und Beihilfeverpflichtungen in Höhe von 10,5 Mio € nicht eines Beschlusses der Stadtverordnetenversammlung bedurft hätte.

Diese Frage beantworten der Beigeordnete für Zentrale Steuerung und Service Herr Exner und Herr Langner mit einer neuen / anderen Bewertungsmethode nach dem Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz (BilMoG), welches ab 01.01.2010 in Kraft getreten ist. Diese neue Bewertungsmethode sei bereits im versicherungsmathematischen Gutachten des Kommunalen Versorgungsverbandes angewendet worden; ein neues Gutachten hätte angefordert werden müssen, deshalb habe das Ministerium des Innern mitgeteilt, dass die Kommunen diese neue Bewertungsmethode schon im Jahr 2009 anwenden sollen.

Herr Schüler erkundigt sich, ob in den Folgejahren mit ähnlichen Anpassungen bei den Pensions- und Beihilfeverpflichtungen und den Sonstigen Rückstellungen zu rechnen sei oder ob die Anpassung im Haushaltsjahr 2009 den tatsächlichen Bedarf abdecke.

Des Weiteren fragt Herr Schüler, ob zukünftig die Auflösung der Rückstellungen in die Haushaltsplanung der künftigen Jahre mit aufgenommen werden könne.

Dazu führen der Beigeordnete für Zentrale Steuerung und Service Herr Exner, Frau Hofmann, Herr Langner und Frau Gruß aus, dass jährlich mit Bewegungen zu rechnen sei, aber nicht in dieser Größenordnung. Es sei schwierig, die Rückstellungen genau zu planen, da die Gutachten zum Planungszeitpunkt noch nicht vorliegen würden und die tatsächliche Höhe ungewiss sei. Möglich wäre eine Mehrjahresvorschau, die aber beim Kommunalen Versorgungsverband extra beauftragt werden müsse.

Herr Becker übernimmt die Sitzungsleitung.

Weiterer Nachfragebedarf zum Jahresabschluss 2009 besteht von Herrn Becker zur Fremdkapitalquote. Weiterhin möchte er wissen, ob die Landeshauptstadt Potsdam aufgrund des niedrigen Zinsniveaus erwägt, den Verschuldungsgrad auszuweiten.

Der Beigeordnete für Zentrale Steuerung und Service Herr Exner führt aus, dass i. d. R. der KIS neue Kredite aufnehmen würde und dies somit keine Auswirkungen auf den Jahresabschluss der Landeshauptstadt Potsdam, sondern nur auf den konsolidierten Jahresabschluss haben würde. Herr Exner informiert über die Höhe der Kreditaufnahmen des KIS im Jahr 2011, 2012 und der voraussichtlichen Kreditaufnahmen im Jahr 2013. Die Höhe der Kreditlasten des KIS steigen an und die der Landeshauptstadt Potsdam seien rückläufig.

Frau Hofmann informiert, dass der konsolidierte Jahresabschluss spätestens für das Jahr 2013 vorliegen müsse.

Prüfung des Jahresabschlusses 2009

Der Vorsitzende des Rechnungsprüfungsausschusses Herr Becker weist darauf hin, dass der Schlussbericht über die Prüfung des Jahresabschlusses 2009 (Anlage 3 der Beschlussvorlage) vertraulich und im nicht öffentlichen Teil der Sitzung zu behandeln ist.

*Aus diesem Grund wird um 18:17 Uhr der öffentliche Teil der Sitzung unterbrochen und mit dem **nicht öffentlichen Tagesordnungspunkt 7** fortgefahren.*

Um 18:55 Uhr wird die Öffentlichkeit wieder hergestellt und über die Drucksache 12/SVV/0375 abgestimmt.

Aufgrund der festgestellten Prüfungsergebnisse zum Jahresabschluss 2009 schlägt das Rechnungsprüfungsamt der Stadtverordnetenversammlung gemäß § 104 Abs. 4 BbgKVerf vor, den geprüften Jahresabschluss 2009 zu beschließen und den Oberbürgermeister uneingeschränkt zu entlasten.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 3
Ablehnung: 0
Stimmenthaltung: 2

zu 4 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung vom 02.05.2012 und 07.05.2012

zu 4.1 Eckwertebeschluss für die Planung des Haushaltsjahres 2013 Vorlage: 11/SVV/0907

Oberbürgermeister, Servicebereich Finanzen und Berichtswesen
neue Fassung vom 23.04.2012; WV StVV Juni 2012

zurückgestellt

zu 4.2 Handlungskatalog für Mitglieder von Aufsichtsräten in städtischen Unternehmen bzw. Unternehmen mit städtischer Beteiligung der Landeshauptstadt Potsdam gemäß Beschluss 11/SVV/0688 Vorlage: 12/SVV/0278

Oberbürgermeister, Bereich Beteiligungsmanagement

Die Beschlussvorlage wird durch Herrn Dahmann eingebracht. Er erläutert den Handlungskatalog für Mitglieder von Aufsichtsräten in städtischen Unternehmen bzw. Unternehmen mit städtischer Beteiligung (Leitfaden und Orientierungshilfe bei der Wahrnehmung der verantwortungsvollen Aufsichtsrats Tätigkeit) mit seinen

wesentlichen Inhalten:

- Grundlage des Handlungskataloges vorrangig auf Basis des Schlussberichtes der Kommission zur Erarbeitung von Transparenzregeln in städtischen Unternehmen der Landeshauptstadt Potsdam vom 11.01.2012, der Leitlinien guter Unternehmensführung – Public Corporate Governance Kodex u. a.,
- der Aufsichtsrat und das Aufsichtsratsmitglied in privatrechtlich organisierten kommunalen bzw. kommunalbeteiligten Unternehmen,
- Zusammensetzung und Amtszeit des Aufsichtsrates,
- Auswahl, Qualifikation, Mitwirkungsverbote und Interessenskonflikte der Aufsichtsratsmitglieder,
- Zusammenwirken von Geschäftsführung und Aufsichtsrat,
- Rechte und Pflichten der Aufsichtsratsmitglieder und Befugnisse des Aufsichtsratsvorsitzenden sowie
- Haftung von Aufsichtsratsmitgliedern.

Zur Gewährleistung der Unterrichtungspflicht soll der Oberbürgermeister halbjährlich im nicht öffentlichen Teil des Hauptausschusses schriftlich über die wesentlichen Angelegenheiten der städtischen Unternehmen bzw. Unternehmen mit städtischer Beteiligung gemäß Beschluss 11/SVV/0699 berichten.

Die Präsentation des Bereiches Beteiligungsmanagement wird der Niederschrift als Anlage 3 beigefügt.

Nachfragen und Hinweise zur Umsetzung des Handlungskataloges gibt es von Frau Müller und Herrn Klamke zum notwendigen / erforderlichen Zeitaufwand der Aufsichtsratsmitglieder und zur Haftung bei grober Fahrlässigkeit.

Herr Erdmann bietet den Mitgliedern an, im Rechnungsprüfungsausschuss über die Umsetzung der Vorschläge der Transparenzkommission ebenfalls weiter zu berichten.

Frau Müller begrüßt diesen Vorschlag und empfiehlt einen halbjährlichen Berichtsrhythmus.

Abschließend nimmt der Rechnungsprüfungsausschuss die Drucksache 12/SVV/0278 zur Kenntnis.

zu 4.3

16. Beteiligungsbericht der Landeshauptstadt Potsdam

Vorlage: 12/SVV/0284

Mitteilungsvorlage des Oberbürgermeisters, Bereich Beteiligungsmanagement

Herr Dahmann bringt die Mitteilungsvorlage ein. Er schlägt aufgrund der fortgeschrittenen Zeit vor, seine Ausführungen nicht vorzutragen, sondern als Anlage der Niederschrift beizufügen (Anlage 4) und stattdessen über die Umsetzung der Vorschläge der Transparenzkommission zu berichten.

Die Mitglieder sind mit diesem Vorschlag einverstanden.

Der Rechnungsprüfungsausschuss nimmt die Drucksache 12/SVV/0284 zur Kenntnis.

Bericht über die Umsetzung der Vorschläge der Transparenzkommission

Herr Dahlmann teilt Folgendes mit:

Der Sponsoringbericht sei fertiggestellt und mit den Vereinen und Verbänden aus den Bereichen Sport und Kultur abgestimmt. Geplant sei, den Sponsoringbericht in die Stadtverordnetenversammlung am 22.08.2012 einzubringen.

Die Compliance-Richtlinie werde derzeit mit dem Rechnungsprüfungsamt abgestimmt und soll ebenfalls in der Stadtverordnetenversammlung am 22.08.2012 behandelt werden.

Die erstellten Mustersatzungen und Änderungen von Gesellschaftsverträgen befinden sich beim Ministerium des Innern zur Abstimmung. Eine Stellungnahme des Servicebereiches Rechts und Grundstücksmanagement sei dazu in Arbeit, so dass die Änderungen für Tochter-/Enkelgesellschaften im September auf den Weg gebracht werden könnten.

Abschließend sollen die Leitlinien guter Unternehmensführung - Public Corporate Governance Kodex - überarbeitet werden, zu dem im Handlungskatalog bereits Richtlinien eingearbeitet worden seien.

zu 5 Mitteilungen der Verwaltung

Es liegen keine Informationen vor.

Stefan Becker
Vorsitzender

Andrea Rünger
Schriftführerin